

Die 25. Januar 2011 „Revolution“, 5 Jahre danach – eine Bilanz

Mamdouh Habashi *, 15.01.2016



Fünf Jahre nach dem großen Aufstand genannt "Die Revolution vom Januar 2011" in Ägypten, ist eine Bilanz fällig. Mit so einem Zeitabstand ist man besser in der Lage, die Ereignisse zu beurteilen. Der zeitliche Abstand ermöglicht die Vogelperspektive auf die revolutionären Ereignisse.

Es ist offensichtlich, dass dieser Volksaufstand nur der Anfang eines langen revolutionären Prozesses ist, denn das, was noch nicht erreicht, noch Ziel ist, ist viel mehr als das, was erreicht wurde.

Die Konterrevolution

Der Kampf zwischen den rebellierenden Volksmassen und dem alten Regime ist das Schicksal einer jeden Revolution in der Geschichte. Dieser Aufstand hat vor allem die Kräfte der Konterrevolution mobilisiert, sowohl die brutale nackte Gewalt, als auch die feinfühlig strategisch denkende "soft" Kräfte, das Gehirn der Klasse. Nach der Beseitigung der Muslimbrüderschaft sind die Konterrevolutionären Kräfte die Groß- und Comprador-Bourgeoisie, die sich den alten/neuen Staatsapparat bedienen, sowie die Militärführung, die mit ihren wirtschaftlichen Imperien wie ein Staat im Staat agiert.

Im Falle Ägypten 2011 spielte sich dies so klar ab vom 1. Tag an. Der „Supreme Council of Armed Forces“ (SCAF) musste den damaligen Präsidenten Hosni Mubarak opfern, um das ganze Regime vor weiterer Radikalisierung der Volksbewegung zu schützen.

Die Handlungsmaxime des Militärs bestand deswegen darin den revolutionären Kräften ein Minimum gegenüber den revolutionären zuzugestehen, um ein Maximum der alten Machtstrukturen bei behalten zu können.

Demonstrativ salutierte die Militärführung die großen Opfer und Märtyrer der Revolution mit militärischen Ehren, wie in zahlreichen Life-Übertragungen im Staatsfernsehen zu sehen war. Gleichzeitig leisteten sie gegen jegliche Forderung dieser Bewegung erbitterten Widerstand. Beispielhaft dafür stehen die Millionen Demonstrationen im März 2011 bis das noch von Mubarak nominierte Kabinet aufgelöst wurde. Zwei Weitere Demonstrationen in dieser Größenordnung waren nötig im April damit Mubaraks-Söhne und ihre Cliques verhaftet und vor Gericht gestellt werden, dafür und für weitere Forderungen musste diese revolutionäre Welle mit unverminderter Wucht bis Juli 2011 anhalten.

Damit die Taktik des SCAF funktionieren konnte ist der SCAF eine Allianz mit der politischen Kraft eingegangen, die zuvor dem Mubarak-Regime die alleinige Herrschaft in der "Klasse" streitig hätte machen können - die Muslimbrüderschaft sowie alle weiteren Gruppierungen des politischen Islam.

Beide Kräfte (SCAF & Muslimbrüderschaft) teilen die gleichen Klasseninteressen. Die Muslimbrüderschaft fanden sich in den Machtstrukturen des alten Mubarak Regimes stark unterrepräsentiert. Nun kam ihre historische Chance mit mittels dieser Allianz, ihren Anteil an der politischen Macht signifikant zu erhöhen. Dafür kam ihnen die Rolle zu, die rebellierenden Volksmassen zu zügeln.

Um diesen Revolutionären Aufstand zu begegnen fuhr der SCAF zweigleisig; auf der einen Seite die Anwendung brutaler offener Gewalt gegen die rebellierenden auf der Straße und auf der anderen die Schließung eines Bündnisses mit den Muslimbrüdern und deren vielen verschiedenen Randgruppen. Beide Bündnispartner haben die gleiche feindliche Haltung gegen die Revolution. Der SCAF beteiligt die Muslimbrüderschaft an der politischen Macht, d.h. wesentlich mehr als zu Mubaraks-Zeit, dafür sorgen die Muslimbrüder für die "Abkühlung" dieser unerträglichen revolutionären "Hitze" auf den Straßen und damit die Zügelung der ganzen Bewegung bevor sie radikaler wird und noch mehr „Schaden“ anrichtet.

Trotz dieser unheiligen gefährlichen Allianz erwies sich die revolutionäre Bewegung im ersten Jahr als stark und standhaft. Der SCAF gab der Muslimbrüderschaft das verfassungsgebende Komitee und die legislative Gewalt. Als die Muslimbrüder gegen Ende Februar 2012 mehr Machtanteile forderten, endete die harmonische Phase dieses Bündnisses.

Die Muslimbrüder begnügten sich nicht mit der Legislative und wollten die Exekutive dazu haben. Am Anfang in Form von nur 4 Ministerien aber am Ende eines langen Leidensweges der Auseinandersetzungen und mithilfe der USA konnte eine Art "Deal" erreicht werden. Mursi wurde Präsident.

Der Kampf gegen die Muslimbrüder

Die Rechnung der Muslimbrüder ging aus zwei Gründen nicht auf:

1. Die starke und offene Unterstützung der Muslimbrüderschaft durch den Westen ließ ihre Popularität sinken. Der Westen war – und ist vielleicht immer noch - davon überzeugt, dass die Muslimbrüderschaft der bessere und nachhaltigere Schutz für seine Interessen in der Region sei. Die Muslimbrüder sind mit Sicherheit der bessere Partner des Westens, wenn es um die Durchführung von Strategien wie "The New Middle East", wenn's um die Fragmentierung der großen arabischen Staaten geht, die eventuell in Zukunft sich den westlichen geostrategischen bzw. sicherheitspolitischen Plänen in der Region widersetzen könnten, das sind an erster Stelle Iraq, Syrien und Ägypten. In diesen Plänen sollten die Muslimbrüder über das neue Islamische Kalifat herrschen, bestehend aus einer Vielzahl von kleinen abhängigen Staaten, die allesamt am "Tropf" des Westens hängen.

Die uneingeschränkte Unterstützung durch den Westen führte dazu, dass die Muslimbrüder übermutig wurden. Langsam verloren sie den Bezug zur Realität. Zuerst hielten sie sich nicht mehr an die Abmachungen der Machtverteilung mit ihren Bündnispartnern, dem SCAF und dem gesamten alten Regime. Plötzlich beanspruchten sie die ganze und absolute Macht alleine.

Der Widerstand des Volkes gegen die Herrschaft der Muslimbrüder fing bereits mit den Arbeiter-Streiks im August und September 2012 an. Aber nach der berühmten Verfassungserklärung des Präsidenten Mohammed Morsi vom 22. November 2012, in der er sich selbst die absolute Herrschaft über alle drei Gewalten gab und diese auch gegen jegliche Rechenschaft schützte, bewegten sich beide Kräfte zusammen mit dem einen klaren Ziel; die Herrschaft der Muslimbrüderschaft zu beenden. Es waren die revolutionären Volkskräfte auf der einen Seite und die Machtzentren des alten Regimes (SCAF, Staatsbürokratie, ...) auf der anderen. Eine einzigartige selten vorkommende und naturgemäß temporäre Allianz/Bündnis zwischen Volk und einem seiner Feinde. Beide Kräfte erkannten allerdings in der Herrschaft der Muslimbrüder eine existenzielle Gefahr.

Probleme nach dem zweiten Machtwechsel

Die Komplexität dieser Situation führte im revolutionären Lager selbstverständlich zu großen Meinungsverschiedenheiten und Spannungen. Es ging hier um die Einschätzung der größten bzw. größeren Gefahr. Gegenüber standen sich die Positionen derer, die in der Herrschaft der Muslimbrüder den Verlust des Staats als solchen vermuteten und dies für die größte Gefahr hielten und deshalb eine Art vorübergehende „Duldung“ des alten Regimes in Kauf genommen haben. Demgegenüber stand die Auffassung, dass eine Rückkehr der Diktatur des alten Regimes die größere Gefahr wäre und deshalb der Terror der Muslimbrüder "erduldet" werden müsse.

Gegenüber diesen großen Spannungen im linken Lager befanden sich die Volksmassen klar auf Seiten ihrer Armeeführung, repräsentiert durch Sisi, die sie vor dem Horror-Schicksal der Muslimbrüderschaft gerettet hat. Mit dem Sturz der Muslimbrüder-Macht trat deren Gefahr an die zweite Stelle zurück, was nicht heißt, dass diese gebannt sei, denn es sind immer noch zahlreiche Kräfte Innen und Außen, die enormen Druck für ihre Rückkehr ausüben, wenn auch nicht in der gleichen Form. Dadurch tritt der Kampf gegen die Machenschaften des alten Regimes an wieder die erste Stelle.

Vielen Menschen im revolutionären Lager, nicht zuletzt die jüngeren, versinken in Verzweiflung, wenn sie sehen, wie das alte Regime wieder erstartet und seine in den letzten 5 Jahren verlorenen Bastionen eine nach der anderen zurück erobert.

Ihre oberflächliche Wahrnehmung ist "Nichts hat sich geändert!". Langsam aber sicher erkennen immer mehr Menschen aus diesem Lager, wie falsch und irreführend diese "Wahrnehmung" ist, denn die Revolution hat das Volk geändert. Seit dem Sturz der islamistischen Herrschaft erleben wir eine neue Phase im langen und sicherlich nicht geradelinigen Prozess der Revolution. Das Volk fordert weiterhin die Verwirklichung der erklärten Ziele seiner Revolution; „Brot, Freiheit, Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde“ und zwar mit dem neugewonnenen Bewusstsein des Selbstvertrauens; "Wir haben in zwei Jahren zwei der schlimmsten Diktaturen gestürzt, wir können auch die dritte und vierte stürzen!" Mittlerweile gehört es heute zum Alltag, dass unzufriedene Ägypter für ihre Forderungen in kleinen oder großen Gruppen gleich mit Kampfmitteln (wie Streik, Demo, Flugblätter, Medien,... usw.) drohen und auch dazu übergehen.

Dabei ist wichtig den qualitativen Unterschied zu beobachten zwischen den reinen gewerkschaftlichen Forderungen (zu Mubarak-Zeit) und den politischen Forderungen dieser neuen Phase der Bewegung. Die einzige noch fehlende Lektion, die die Volksmassen jetzt und in den kommenden Jahren zu lernen dabei sind, ist die entscheidende Notwendigkeit der Organisation auf nationaler Ebene.

Ägypten, ein alter/neuer Spieler in der Region

Das herrschende Regime in Ägypten hat aus den 5 bewegten Jahren die folgenden zwei Lektionen gelernt:

1. Die Volksbewegung ist ein Faktor in der Gleichung des Kräfte-Gleichgewichts geworden, den man in Zukunft nicht mehr ignorieren darf und kann.
2. Für die Realisierung ihrer Strategie "The New Middle East" verlangen die USA weit mehr als einfache Abhängigkeit bzw. Unterordnung ab, diese akzeptieren nicht weniger als die totale Aufgabe des Staats. Die starke Unterstützung der Muslimbrüderschaft durch den Westen lag daran, dass die Muslimbrüder genau das akzeptiert haben, was Ägypten in ein Szenarium, wie in Syrien, Iraq, Jemen oder Libyen, versetzen sollte bzw. versetzt hätte, unendliche Bürgerkriege.

Aufgrund dieser gut gelernten Lektionen und des instinktiven Überlebenswillens, musste das Regime seine totale Abhängigkeit von den USA auf die Wirtschaftliche beschränken und die politischen und militärischen Fesseln etwas lockern. Dies erklärt die Rolle des Regimes als ein neuer – möchte-gerne -"Global Player" in den neugebildeten regionalen und globalen Allianzen bzw. Achsen.

Der allgemeine Konsensus dem Volk und der Militärführung nach dem Sturz der Muslimbrüder-Herrschaft am 3. Juli 2013 war die Bildung eines demokratischen modernen und *zivilen* Staates (d.h. nicht militärisch und vor allem nicht auf Religion basiert). Für dieses Ziel wurde die „Road Map“ mit ihren drei Phasen als eine Art Vertrag zwischen den Machthabern und dem Volk verkündet: 1. eine neue Verfassung zu verabschieden, 2. Parlamentswahlen und 3. Präsidentschaftswahlen abzuhalten.

Bei einer 38,6% Wahlbeteiligung wurde die Verfassung mit 98,1%-iger Mehrheit verabschiedet, die Präsidentschaftswahlen wurden vorgezogen und der letzte – und wichtigste – Schritt ließ bis vor kurzem auf sich warten. Im Laufe dieser Zeit verwandelte sich der Diskurs von „Gründung des demokratischen modernen und zivilen Staates“ zu „Erhaltung des ägyptischen Staates überhaupt“. Die Fragen nach welchem Staat oder wie dieser Staat sich entwickeln soll, wurden immer mehr unterdrückt. Man kann heute ruhigen Gewissens sagen; die vor zwei Jahren bejubelte „Road Map“ hat sich auf die Wahl des Präsidenten reduziert, denn die 2014 verabschiedete Verfassung ist seitdem weder in der Legislation noch in der Exekutive respektiert oder gar umgesetzt.

Dieser tiefe Staat glaubt seit über 60 Jahren nicht an die Rolle der Parteien in der Politik bzw. an der Gestaltung der politischen Entscheidung. Viele Funktionen, die normalerweise in einem modernen Staat den Parteien zugeordnet sind, besonders wenn diese Parteien an der Macht sind, werden in Ägypten von den Staatsorganen der „Macht“ als Übergriff auf ihre „exklusiv-Rechte“ angesehen. Die Vertreter dieser Machtorgane des Staates akzeptieren nicht, dass Parteien die Macht ausüben, selbst wenn diese den Titel „Regierende Partei“ tragen.

Ägypten wurde seit 1952 ausschließlich von Machtorganen regiert wie dem Präsidialamt, Kabinet, Verteidigungs- und Innenministerium, Geheimdiensten, ..usw. Eine regierende Partei hatte dabei nichts zu melden gehabt.

Ein kurzer Blick auf dieses schwere Erbe erklärt zum Teil das Dilemma der revolutionären oder gar progressiven Parteien heutzutage, d.h. nach dem politischen „Erdbeben“ von Januar 2011. Sie müssen nicht nur in einer Gesellschaft aufwachsen, die diese Parteienkultur seit drei Generationen nicht nicht ge- und erlebt hat, sondern auch gegen einen mächtigen, tiefen und feindlich gesinnten Staatsapparat kämpfen, um sich zu behaupten und ihre eigentliche Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen.

Am 3. Juli 2013 ist der „Deal“ zwischen dem Westen und den Muslimbrüdern in Ägypten geplatzt. Der Machtwechsel bzw. die Entmachtung seiner Islamistischen Partner hat den Westen überrascht. Ein Jahr lang beharrte die Obama-Administration – und folglich auch alle EU-Staaten – auf den Boykott der neuen Macht in Ägypten mit der Begründung; es sei ein Militärputsch gegen einen demokratisch gewählten

Präsidenten. Dieser Diskurs fand in der ägyptischen Bevölkerung keine Glaubwürdigkeit. Allein die Mubarak-Era hat die Wahrnehmung der Ägypter so geformt, dass die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechte in Ägypten nie die Sorge des Westen war.

Pragmatisch wie die USA sind – und die gesamte EU dahinter – überdachten sie ihre Haltung gegenüber dem neuen Regime in Ägypten binnen eines Jahres und akzeptierten schließlich die neue Führungsriege.

Der Militärputsch ist nun willkommen

Wichtig ist vor allem die sicherheitspolitische Kooperation, die seit Anfang 2015 massiv ausgebaut wird. Der EU geht es primär darum Ägypten zu stabilisieren. Denn Libyen hat sich als Bumerang erwiesen und die derzeitigen Flüchtlingsströme zwingen die EU in Ägypten einen stabilen Partner zu suchen. Brüssel will die "illegale Migration" eindämmen und das geht heute nur, wenn Kairo umfassend eingebunden wird. Demnach wird Sisi als wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den Terror angesehen und die Einhaltung von Menschenrechtsstandards gerät zum Nebenschauplatz und wird nicht weiter verfolgt.

Seit Anfang des Jahres 2015 bauen Spanien und England ihre militärischen Kooperation mit Ägypten aus. Berlin wiederum ist verstärkt im Polizeibereich aktiv. Für die EU geht es darum Kairo als festen Bündnispartner in die Festung Europas einzubinden. Entsprechend regelmäßig werden Flüchtende in Ägypten sowie Schleuser festgenommen, so dass zumindest aus Ägypten die Anzahl der Flüchtlingsströme vermindert wird. Dafür bildet Europa aus und liefert auch das nötige Material.

Dies offenbaren auch die jüngsten Waffendeals. Frankreich verkauft sein Flugzeugtyp Rafale erstmals ins Ausland; ausgerechnet Ägypten will 24 der als überteuert geltenden Flugzeuge haben und bekommt nun auch noch ein Mistral-Schiff nachdem Paris bereits eine Fremm Fregatte geliefert hatte - pünktlich zur Suezkanal-Eröffnung.

Wirtschaftlich ist die Maschinerie noch nicht richtig angelaufen. Zwar investieren europäische Firmen in Großprojekte in Ägypten und verdienen damit viel Geld, aber vorerst scheint Europas Interesse sicherheitspolitischer, sowie das amerikanische Interesse geostrategischer, Natur zu sein.

Europas primäres Interesse ist die sofortige „Stabilisierung“ Ägyptens, um das Land als Bollwerk gegen die "illegale Migration" und sicherheitspolitisch (Siehe Sinai und Islamischer Staat) wieder verstärkt einzubinden nachdem die Revolution 2011 eine zeitweilige Neuausrichtung dieser Politik erzwungen hat. Sprich: Polizei- und Militärkooperation und Waffenlieferungen. Spanien, Frankreich, England und Deutschland spielen hier eine Schlüsselrolle, vor allem Paris ist militärpolitisch sehr interessiert an Ägypten. Ein weiteres Ziel dieser und anderer EU-Staaten (Italien) dürfte sein, die Investitionen europäischer Unternehmen in Ägypten abzusichern, denn Europas Wirtschaft hat viel zu verlieren hier vor Ort. Meist zahlen diese Firmen

und ihre ägyptischen Töchter keine oder nur sehr wenig Steuern. Die Profitraten sind entsprechend hoch, auch aufgrund des niedrigen Lohnniveaus in Ägypten.

Nichts gelernt

Unter Sisi geht die neoliberal orientierte Wirtschaftspolitik Mubaraks zudem schlicht einfach weiter. Sisi und seine Regierungen setzen weiterhin auf ausländische Investitionen und planen mit dem Suez-Kanal-Projekt eine Sonderwirtschaftszone. Unklar bleiben die Details für die Zone. Überraschend wäre es aber nicht, wenn auch hier wieder versucht werden wird, ausländische Unternehmen mit Steuervorteilen und Ähnlichem anzulocken. Zwar wurde der Suezkanalausbau vollständig mit Kapital aus Ägypten finanziert aber hierbei handelt es sich wohl eher um eine Ausnahme. Im Rahmen der Konferenz in Scharm im März 2015 kündigte der deutsche Konzern Siemens milliardenschwere Investitionen im Land an. Das Gasfeld vor der ägyptischen Küste dürfte zudem von ENI ausbeutet werden, also auch hier fließen die Gewinne in Richtung Europa ab, während Ägypten fast leer ausgeht. Zwar wird der Einfluss von Russland und China auf Kairo stärker (siehe das Abkommen mit Russland für den Bau des neuen ägyptischen Atomkraftwerk am Mittelmeer und den vielen Großbauprojekte mit China), dennoch ist der Einfluss Washingtons und Brüssels ununterbrochen hoch und signifikanter für Ägyptens Politikausrichtung.

In den vergangenen zwei Jahren wurde viel über die massiven Finanzhilfen aus den arabischen Golfstaaten für Ägypten geredet, jedoch hängt Ägypten weiter am Tropf von IWF und Weltbank. Unabhängig von den wirtschaftlichen Abhängigkeiten ist das Interesse an Ägypten geostrategischer Art und auch die derzeitigen Finanzhilfen dienen letztlich diesem Ziel.

Was bedeutet die Ägypten-Stabilisierung für den Westen?

Der von Sadat 1974 eingeführte neo-liberale Kurs und die damit verbundenen politischen Beziehungen werden also auch trotz den Ereignisse seit 2011 unhinterfragt forgeföhrt. Diese Politik darf nicht einmal hinterfragt werden, denn dies ist ausschließlich der Garant für die Fortsetzung der Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Ägypten und dem Westen. Dass dieser Kurs der einzige Grund für die sozialen Spannungen, die wiederum der Grund für die Aufstände sind, will keiner sehen, ob das Mubarak, SCAF, Morsi oder Sisi ist. Dass dieser Kurs sowohl die Innen- als auch die Außen- und Wirtschaftspolitik allumfassend bestimmt, will auch keiner sehen.

Am Ende des Tages heißt es, die Wiederherstellung aller Strukturen des alten Regimes aber vielleicht im neuen „Look“, d.h. es müsste „demokratisch“ aussehen, was ich nun stark bezweifle. Das jüngste Verhalten und die Maßnahmen des Sisi-Regimes während der Zeit der Parlamentswahlen und danach zeigen eine klare Tendenz zu einer stumpfen Diktatur.

Mit der Kontinuität des neo-liberalen Kurses und seinem geostrategischen und sicherheitspolitischen Interessen zählt der Westen mit seiner Politik gegenüber aller Länder der MENA-Region zu den Kräften der Konter-Revolution.

Wie der Westen dies erreichen kann, ist denkbar einfach. Die erhobenen Slogans des Westens zurzeit in unsrer Region sind **حق يراد به باطل** , d.h. Recht, was Unrecht beabsichtigt. Das ist eine weitverbreitete alte arabische Redewendung.

„Demokratische Wahlen“ ist das Stichwort und zugleich die Falle einer jeden Volksbewegung. Hier besteht der Westen auf seine eigene exklusive Definition der Demokratie, es ist das Auszählen der Wählerstimmen in den Wahlurnen. Dies hat absolut nichts zu tun mit der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Volksmassen.

Die Lage Heute, 5 Jahre danach

1. Ägypten ist einer gewaltigen allumfassenden Attacke der Konterrevolution ausgesetzt. Diese konterrevolutionäre Welle ist zugleich Ursache und Folge der großen Verluste am Lebensstandard der unteren Klassen bzw. der Mehrheit in der Gesellschaft. Ein Großteil dieser Massen verbindet mit seinem verwirrten politischen Bewusstsein die drastische Verschlechterung seiner Lebensqualität mit der Revolution als direkter Grund.
2. Das Regime in Ägypten befindet sich noch im Prozess der Formung. Die Machtverhältnisse sind noch immer nicht klar herauskristallisiert. Es sind noch mehrere Machtzentren da, die sich untereinander, aber unter der Oberfläche, um die Machtanteile erbitterte Kämpfe liefern. Deshalb zeichnet sich das Regieren mehr durch Krisenmanagement aus, die Krise des Regimes, es ist nicht einmal in der Lage, diese internen Flügelskämpfe unter Kontrolle zu halten.
3. Trotz der vielen Anstrengungen des Regimes im Kampf gegen den Terror ist ein Ende dieses Leidenswegs nicht in Sicht. Die zwiespältige Politik des Regimes in diesem Kampf ist der Grund dafür. Auf der einen Seite erkennt man den politischen Islam als die unmittelbare Ursache des Terrors, auf der Anderen will man den im 19. Jh. Begonnenen Prozess der Säkularisierung nicht fortsetzen, ja regelrecht verhindern.
4. Die Wirtschaft ist und bleibt in Ägypten, wie auch anderswo, der Eckstein der gesellschaftlichen Krise, Record-Arbeitslosigkeit, Rezession, Verfall der nationalen Währung, unverhältnismäßig hohe Außen- und Innenschulden, Schieflage der Staatsbilanzen und -budgets, gelähmter Staatsapparat, Zerfall aller Dienstleistungen und sozialen Sicherheiten, die Korruption erreicht jeden Winkel in der Gesellschaft, so dass der Staat selbst, nicht mehr in der Lage ist, sein Eigentum davor zu schützen, d.h. die Übergriffe auf Staatseigentum ist alltäglich geworden. Zur gleichen Zeit erlässt das Regime in Abwesenheit des Parlaments eine Reihe von Gesetzen, die die in der neuen Verfassung verankerten sozialen und wirtschaftlichen Rechte der ärmeren Klassen massiv beschneiden.
5. Zweifelsohne haben die Ägypter nach der blutigen Auseinandersetzung mit den Muslimbrüdern die Rückkehr der Polizei begrüßt. Heute sehen die Ägypter die Polizei wieder als ihren Unterdrücker.

6. Obwohl die meisten Ägypter in ihrer Armee noch den Retter vor dem Muslimbrüder-Terror sehen, steigt langsam aber sicher bei immer mehr Menschen das Erkenntnis, dass ihre Militärs mittlerweile ihre Kompetenzen und Befugnisse weit überschritten haben und jeden Tag mehr überschreiten. Man spricht nicht mehr über die militärischen Aufgaben der Militärs, sondern nur noch über ihre politischen und vor allem wirtschaftlichen Taten und Errungenschaften, die selbstverständlich keinerlei Rechenschaft unterzogen werden dürfen.
7. Das Regime will mit der Schaffung des neuen Parlaments im Dezember 2015 die sogenannte „Road Map“ vom 3. Juli 2013 beendet und damit seine Schuldigkeit getan zu haben. Dies ist weit gefehlt, denn die Zusammensetzung dieses Parlaments erinnert an die Parlamente von Mubarak, obwohl sich die Art und Weise der Manipulation etwas geändert haben. Die sehr niedrige Wahlbeteiligung ist die unmissverständliche Antwort der Bevölkerung auf diese Manipulation (die offizielle Zahl 26% während Beobachter unter 10% schätzen). Diese formale Erfüllung der „Road Map“ täuscht Niemanden, am allerwenigsten die Ägypter. Das neue Parlament ist mit Sicherheit kein Rat der Vertreter der politischen Kräfte in der Gesellschaft, sondern eher ein Verband der superreichen Groß-Arbeitgeber, Finanzjongleure, Korruptionspotentaten und Kriminelle. Es wird eher destabilisierend wirken, nicht im Sinne des Erfinders oder nicht wie das Regime hofft.

Die Gefahr der heutigen Krise in Ägypten, ja im ganzen Nahen Osten lässt sich auf ihren Doppel-Charakter zurückführen. Es ist die Krise der herrschenden Regime, aber auch der Volksmassen zugleich. Für den Moment sehen wir vom Legitimitätsschwund dieser Regime ab, denn das ist nichts Neues. Ihr unhinterfragter neo-liberaler Wirtschaftskurs konzentriert den Mehrwert und alle Reichtümer in die Hände immer kleiner werdenden Oligopols und verschärft damit immer mehr die Polarisierung der Klassen in der Gesellschaft, auf der anderen Seite bleibt das politische Bewusstsein der Opfer dieser Politik, der Volksmassen, auf einem Niveau, das denen nicht ermöglicht, radikale Reformen – um nicht zu sagen Kurswechsel – durchzusetzen. Deshalb entwickelt sich die Situation immer mehr in Richtung einer durchwachsenden unberechenbaren Anarchie.

Um die Wucht der Volksbewegungen zu drosseln und ergebnislos auslaufen zu lassen, setzt der Westen auf die Fortsetzung dieser anarchischen Tendenzen mittels des politischen Islam. Das führt zur Übertragung des Kampfes der Unterdrückten von der realen Welt in die Welt der Metaphysik und damit in die Welt von ISIS, AL QAIDA und Ähnliches...

Man darf sich deswegen nicht wundern.

**Mamdouh Habashi (65), Bauingenieur, Mitglied des Poli-Büro und Leiter der Internationalen Beziehungen der „Sozialistischen Volksallianz“ (Socialist Popular Alliance SPA) in Ägypten, Vize-Präsident des Weltforums für Alternativen und Vorstandsmitglied des (Arab & African Research Center)*